

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 4. Januar 2022 · Nr. 2 / 1 R1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,20 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Berlin fordert für Sudan zivile Regierung

Her. FRANKFURT. Nach den Vereinigten Staaten hat auch die Bundesregierung die von Militärs dominierte Führung in Sudan aufgefordert, eine zivil geführte Regierung einzusetzen und zum Übergangsprozess zu einer demokratischen Ordnung zurückzukehren. Davon mache die Bundesregierung die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Hilfe abhängig, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amts in Berlin. Nach dem Militärputsch vom 25. Oktober hatten zahlreiche Geber, unter ihnen die Weltbank, ihre Wirtschaftshilfen für Sudan eingestellt, auf die der Krisenstaat aber angewiesen ist. Mit dem Rücktritt von Ministerpräsident Abdullah Hamdok am Sonntagabend verliert die Führung in Khartoum ihr letztes ziviles Gesicht. Er habe sein Versprechen, eine politische Katastrophe in dem Land zu verhindern, nicht einhalten können, sagte er in einer Fernsehansprache und rief zu einem nationalen Dialog auf. Seit der Machtübernahme durch das Militär im Oktober sind bei Protesten mindestens 57 Menschen getötet worden. Proteste hatten 2019 zum Sturz von Omar al-Baschir geführt. Militär und Zivilisten hatten sich auf einen Übergang zu einer demokratischen Ordnung verständigt, den das Militär jedoch verschleppt hat. (Siehe Seite 2, Kommentar Seite 8.)

Seemann und Seemanns Braut



Besitzstrände – Wer bei Hans Albers an einen Seemann denkt, der hat eher nicht den Starnberger See vor Augen. *Seemanns Braut ist die See, und nur ihr kann er treu sein*, sang der Schauspieler 1944: *Wenn der Sturmwind sein Lied singt, dann winkt mir der großen Freiheit Glück*. Selbst war

der Hamburger seiner Hansi Burg treu, mit der er vor und nach dem Krieg in Bayern lebte. Burg, die ihre Familie im Holocaust verlor, verkaufte das gemeinsame Anwesen dem Freistaat – „für öffentliche Erholungszwecke“. Picknick für alle? Eher schon: Streit für alle Zeiten. **Seite 3** Foto AKG

Vor die Lage kommen

Von Andreas Ross

Es wäre fahrlässig, wenn sich Bund und Länder nicht rasch über die künftige Isolationsdauer für Corona-Infizierte und die Quarantäne für Kontaktpersonen verständigten. Es gibt zwar nie Gewissheiten über den weiteren Verlauf der Pandemie, aber genug seriöse Berechnungen, wonach wegen der Verbreitungsgeschwindigkeit der Omikron-Variante bald mehr Bürger gleichzeitig infiziert sein werden denn je. Die Folgen wären mannigfaltig, nicht nur in der ersten Liga der kritischen Infrastruktur, also etwa in Krankenhäusern oder bei Polizei und Feuerwehr. Diesmal muss die Politik vor die Lage kommen; wenn das Chaos erst einmal im ganzen Land spürbar geworden ist, wäre es zu spät.

Zu beneiden sind die Politiker um die Aufgabe nicht, denn in den Studien klaffen Lücken. Wie lange bleiben trotz Booster-Impfung symptomlos erkrankte Omikron-Patienten ansteckend? Wie viel sagen Antigen- oder PCR-Tests fünf Tage nach dem ersten Positiv-Ergebnis noch über die Infektiosität des Patienten

aus? Statt Gewissheiten gibt es auch hier eher Plausibilitäten. Nur so viel ist klar: Jede Verkürzung der Isolationsdauer sendet auch ein Signal, das in der Bevölkerung unterschiedlich interpretiert werden wird. Die einen werden sich in ihrem Argwohn bestätigt sehen, dass die bisherige Vorsicht völlig übertrieben gewesen sei; andere werden fürchten, dass die Regierung das Virus nicht mehr ernst genug nehme.

Insofern ist die Debatte anschlussfähig an den großen Impfpflicht-Streit – für beide Lager. Für dessen Versachlichung wäre es wünschenswert, wenn auch die Befürworter einer ausgeweiteten Impfpflicht im Bundestag bald ihre Anträge vorlegen würden. Dass nur die Gegner rund um den FDP-Politiker Wolfgang Kubicki schon lange zumindest einen Entwurf haben, mag zwar darauf hindeuten, dass sie es sich besonders leicht machen. Doch auch die andere Seite müsste genug Zeit gehabt haben, ihre Vorhaben zu durchdenken. Fehlt nur noch der Sprung ins kalte Wasser der Pandemiepolitik.

Der heilige Datenschutz

Von Jasper von Altenbockum

Datenschutzler sehen sich als Beschützer unserer persönlichen Freiheit. Doch es geht mittlerweile in die andere Richtung: Der Datenschutz ist zu einem Klotz am Bein unserer Freiheit geworden. Er schafft nicht mehr Freiheit, er schränkt sie an vielen Stellen ein und verhindert, dass wir mehr von ihr haben. In der Corona-Krise ist der Datenschutz nun schon bei drei Gelegenheiten der Grund dafür, dass der Schutz anderer Grundrechte kürzer treten muss.

Erste Gelegenheit: Was wären die Restaurants, Cafés und der Einzelhandel ohne Luca-App? Es musste erst eine kleine Truppe einflussreicher Leute kommen, die sich über alle Bedenken hinwegsetzte und dieses nützliche Werkzeug schuf. Wäre es nach den Datenschützern gegangen, wäre ihr Projekt sofort eingestampft worden. Schon die Corona-App hatten sie auf dem Gewissen. Die Gesundheitsämter konnten mit ihr nur wenig anfangen. Sie hatten auf eine wirklich hilfreiche App gesetzt. Warum es nicht dazu kam, liegt am Datenschutz. Er kämpft bis heute gegen die Luca-App. Im Namen der Freiheit?

Nächste Gelegenheit: die Impfpflicht. Noch gibt es sie nicht. Aber es droht schon wieder so zu laufen wie mit der Corona-App. Nicht einmal alle Datenschützer sehen ein Problem darin, durch ein Impfregeister die Impfpflicht zu einer sinnvollen und kontrollierbaren Sache zu machen. Die Datenschutz-Aktivistinnen sind aber so mächtig und allgegenwärtig, dass vorausseilender Gehorsam Politiker dazu treibt, datenschutzrechtliche Hürden zu sehen, wo keine sind.

Da geht es ihnen nicht anders als dem Normalbürger. Der Datenschutz ist für ihn genau das, was an der Corona-Politik oft kritisiert wird. Im Namen seiner Schutzfunktion schränkt der Staat die Freiheit seiner Bürger an vielen Stellen auf unverhältnismäßige Weise ein.

Dritte Gelegenheit: die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Wir wissen über das Coronavirus schon wesentlich mehr, wenn Datenschützer nicht die Bedenkenträger der Nation wären. Warum kommt eine digitale Revolution im Gesundheitswesen einfach nicht zustande? Wie groß wäre die Entlastung von Ärzten, Krankenhäusern und Patienten, wenn es damit schneller vorangehen wäre?

Der Grund ist nicht nur Bürokratismus, ist nicht in erster Linie staatliche Säumigkeit. Wir leben nicht in einem digitalen Entwicklungsland. Wir leben in einem Datenschutzland. Selbst Fax-Geräte wurden dort schon für datenschutzrechtlich unzulässig erklärt (wenn auch nur in Bremen). Deshalb dauern Gesetze und Vollzug

so lange, deshalb wird an allen Ecken und Enden gegen Fortschritte in der Digitalisierung gekämpft.

Dasselbe gilt auch für den digitalen Unterricht an Schulen. Über digitale Lehrmittel lässt sich streiten – dass sie einen Nutzen haben können, ist aber unbestritten. Deutschland bewegt sich dennoch nur im Schnecken-tempo. Warum? Weil Datenschützer gegen die Vielfalt von Software mobil machen, die seit Jahren in allen deutschen Haushalten zum Alltag gehört. Aber nein: Millionen Euro werden stattdessen in staatliche Entwicklungen gesteckt, deren Nutzen vielleicht datenschutzrechtlich zu erkennen ist, sonst aber kaum.

In der Corona-Krise kamen Videokonferenzen als Schlachtfeld der

Der Datenschutz ist angetreten, um Freiheit zu schützen. Das verkehrt sich oft ins Gegenteil.

Datenschutzler hinzu. Anstatt den Lehrern das Leben in einer Ausnahme-situation leichter zu machen, wurde ihnen mit Strafe gedroht. So sollte sie davon abgehalten werden, Plattformen zu benutzen, die von heute auf morgen nutzbar waren, weil Schüler damit schon lange vertraut sind. Der Grund? Der Datenschutz. Er führt einen Kampf, der nicht der Kampf der Bürger ist.

Nicht nur die Empörung über schleppende Digitalisierung ist wohlfeil geworden, ohne dass dafür der Datenschutz verantwortlich gemacht würde. Er stiehlt sich auch anderswo aus der Verantwortung. Warum ist das Entsetzen in Deutschland groß über Kinderpornographie und Terrorismus, aber ein erwiesenes Mittel dagegen, die Vorratsdatenspeicherung, in Verruf?

Auch jetzt wieder: Die Freiheit, die der Ampel-Aufbruch gegen angebliche „Überwachung“ schützt, ist die Freiheit der Täter. Deutschland ist deshalb auf absehbare Zeit auf Hinweise aus dem Ausland angewiesen, um Schwerverbrechern auf die Spur zu kommen, aus demselben Ausland (wohlgekannt: Rechtsstaaten), das bei anderer Gelegenheit dafür gescholten wird, dass es nicht den deutschen Normen für den Datenschutz entspricht.

Manchmal schießen sich Datenschützer aber auch ins eigene Knie. Derzeit haben sie ein Problem, weil sie Messenger-Dienste wie Telegram in ihrem Feldzug gegen datenschutzrechtliche Widersacher als Alternative zu Diensten wie WhatsApp empfohlen haben. Vor lauter Datenschutz hatten sie Hass und Hetzer übersehen. Die freuen sich natürlich über so viel Datenschutz.

Nichts für arme Trinker

Die Luxusglas-Manufaktur Moser hat seit 1857 viele Umbrüche überstanden. Jetzt setzt Corona ihr zu. **Wirtschaft, Seite 18**

Streit über zwölf Sterne

Die Europafahne am Pariser Triumphbogen hat für einen Aufschrei gesorgt. Es ist eben ein Wahljahr in Frankreich. **Politik, Seite 5**

Kein Corona-Spaziergang

Gesunde Substanz: Der Freiburger Domkantor spricht über seine Silbermann-Orgel und politische Probleme. **Feuilleton, Seite 11**

Drohender Dämpfer

Die vierte Welle dürfte die Erholung am Arbeitsmarkt bremsen. Ein banger Blick gilt auch den Umbrüchen. **Wirtschaft, Seite 17**

„Unsere Meinung sagen“

Der neue Handball-Kapitän Johannes Golla über die EM – und die umstrittene Politik des Mitgastgebers Ungarn. **Sport, Seite 28**

Streit um Orden

Wenn der Ministerpräsident allein entscheiden kann, wer mit einem Preis bedacht wird, sind Konflikte programmiert. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 29**

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Söder verspricht Neustart nach Treffen mit Merz

tifr. MÜNCHEN. Der designierte CDU-Vorsitzende Friedrich Merz und CSU-Chef Markus Söder haben sich in Bayern zum Gespräch getroffen, um sich nach den Dissonanzen des vergangenen Jahres zusammenzurufen. Es fand unweit von Bad Tölz statt. Söder twitterte danach: „Neustart: CDU und CSU schließen sich wieder eng zusammen. Gute und intensive Abstimmung mit Friedrich Merz in Bayern.“ Derweil musste die Klausur der CSU-Landesgruppe in Berlin verschoben werden. Grund sind mehrere Corona-Fälle. Auch Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat sich infiziert.

Prien fordert Maaßens Parteiausschluss

dpa. KIEL. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien, die auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand ist, hat den Ausschluss des früheren Bundesverfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen aus der Partei gefordert. „Herr Maaßen hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten immer weiter von den Grundwerten in der CDU entfernt. Seine jüngsten Einlassungen zur Impfung sind völlig inakzeptabel“, teilte Prien am Montag mit. Maaßen hatte ein Video von Sucharit Bhakdi verbreitet, in dem dieser einen Stopp der Corona-Impfungen forderte, und es als bewegenden Appell bezeichnet.

Atomkräfte wollen Proliferation verhindern

AFP. PARIS. Die fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beharren darauf, dass sich Atomwaffen nicht weiter verbreiten dürfen. „Wir glauben zutiefst, dass eine weitere Ausbreitung solcher Waffen verhindert werden muss“, hieß es in einer am Montag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Vereinten Staaten, Russlands, Chinas, Frankreichs und Großbritanniens. „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie geführt werden.“ Auf einer Konferenz in diesem Jahr soll der Atomwaffensperrvertrag überprüft werden.

Inflation in der Türkei auf 20-Jahres-Hoch

ami. WIEN. Rund 18 Monate vor der Präsidentenwahl hat die Inflation in der Türkei den höchsten Stand seit 20 Jahren erreicht: Die Verbraucherpreise stiegen im Dezember sprunghaft um 36,08 Prozent im Vorjahresvergleich, wie das türkische Statistikamt am Montag mitteilte. Hauptgrund für die Teuerung ist vor allem der starke Verfall der Landeswährung Lira. Die Inflationsrate ist die höchste seit Oktober 2002; damals lag sie bei 33,45 Prozent. Bereits im November 2021 hatte sie rund 21 Prozent erreicht. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Lauterbach kündigt neue Quarantäne-Regeln an

Debatte über kürzere Isolation / Wüst drängt bei Impfpflicht zur Eile

oll. BERLIN. Vor dem Bund-Länder-Treffen am Freitag wird in Deutschland kontrovers über den Umgang mit der Omikron-Variante und eine mögliche Verkürzung der Quarantänedauer diskutiert. Andere europäische Länder haben schon entsprechende Beschlüsse vollzogen, das gilt etwa für Frankreich und Großbritannien sowie für Spanien und Portugal. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat deshalb neue Regeln für die Quarantäneverordnung angekündigt. „Es wird auf jeden Fall neue Beschlüsse geben“, sagte Lauterbach mit Blick auf das Treffen von Bund und Ländern am Freitag. Die Frage sei, wie lang die Quarantäne für diejenigen dauern müsse, die in der kritischen Infrastruktur arbeiteten, in Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern. Ob damit nur eine

Verkürzung der Quarantänefristen für Kontaktpersonen oder kürzere Isolationszeiten für Infizierte gemeint sind, blieb offen. Geklärt werden müsse ferner, inwieweit die Fristen für Menschen mit Auffrischungsimpfungen geändert werden könnten. Bisher gilt bei der Omikron-Variante für geimpfte, geboosterte und ungeimpfte Kontaktpersonen Infizierter gleichermaßen eine Quarantänefrist von 14 Tagen. Während der Gesundheitsfachmann der Union Tino Sorge sich dafür aussprach, Menschen mit Auffrischungsimpfungen ganz von der Quarantänepflicht zu befreien, warnte der Gesundheitsexperte der Grünen Janosch Dahmen vor einer generellen Verkürzung der Quarantänezeit. „Die Krankenschwester, die dann infiziert den Schlaganfall- oder Herzin-

farktpatienten anstecken könnte, durch eine verkürzte Quarantäne zu einem Risiko für die Ausbreitung dieser Omikron-Welle zu machen, das halte ich im Moment noch nicht für den richtigen Weg“, sagte Dahmen im Fernsehsender RTL. Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, am Freitag darzulegen, wie die allgemeine Impfpflicht durchgesetzt werden kann. Bevor Scholz Kanzler geworden sei, habe er sie für Februar avisiert. „Das Wort muss auch gelten, wenn er Kanzler ist“, so Wüst. Wie das RKI unterdessen mitteilte, werden Großbritannien und Südafrika an diesem Dienstag von Virusvariantengebieten zu Hochrisikogebieten zurückgestuft. (Siehe Seite 4.)

Berlin will Konflikt mit Brüssel vermeiden

Enthaltung über Atom-Vorschlag der EU-Kommission zeichnet sich ab

elo/mwe/wmu. BERLIN/BRÜSSEL. Im Streit darüber, ob Investitionen in Atomstrom als nachhaltig eingestuft werden sollen, will die Bundesregierung es nicht zu einem Konflikt mit Brüssel und Paris kommen lassen. Nach Informationen der F.A.Z. aus Regierungskreisen will sich Berlin bei der Abstimmung über einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission enthalten. Regierungssprecher Steffen Hebestreit sagte dazu am Montag, man prüfe den Vorstoß der EU-Kommission. Er machte deutlich, dass die Bundesregierung nicht, wie etwa Österreich, auf eine Klage setze. Ebenso wenig sieht man in Berlin die Möglichkeit, inhaltlich nachzuverhandeln. Zudem ist man sich im Klaren, dass unter den EU-Mitgliedern die zur Ablehnung des Kom-

missionsvorschlags erforderliche Mehrheit nicht existiert.

Dem Vernehmen nach hatten sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schon auf die gemeinsame Linie geeinigt, nachdem sich abgezeichnet hatte, dass die EU-Kommission Investitionen in Atom- und in Gaskraftwerke unter bestimmten Voraussetzungen als nachhaltig einstufen will. Zwar ist die Ampelkoalition strikt gegen die Kernkraftnutzung, sieht allerdings in Gaskraftwerken eine Brückentechnologie. Auch aus Rücksicht auf den Wahlkampf in Frankreich und den auf Europa setzenden Präsidenten Emmanuel Macron will Berlin den Vorschlag nicht ablehnen.

Die EU-Kommission verwies darauf, dass der Inhalt des Vorschlags schon im vorigen Jahr in Berlin bekannt gewesen sei. Kommissionschefin Ursula von der Leyen habe den EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember versprochen, den Entwurf noch im Jahr 2021 vorzulegen, sagte ein Sprecher. Weil das Thema „sehr komplex und heikel“ sei, habe es bis in die letzten Stunden des alten Jahres gedauert, dass die Brüsseler Behörde das Dokument in die Hauptstadt geschickt habe. Die Kommission versuchte die Aufregung um den Vorschlag mit dem Hinweis darauf zu dämpfen, dass die sogenannte Taxonomie nur als Leitfadens für private Investoren diene. Klimapolitische Entscheidungen der Mitgliedstaaten seien davon unberührt. (Siehe Seite 2 und Wirtschaft, Seite 15.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal (Cont.), Spanien 4,00 € / Griechenland, Kanada, Malta, Niederlande, Zypern 4,10 € / Schweiz 5,20 sfrs